

# Trauriges Jubiläum: 50 Jahre Berufsverbote und immer noch kein Ende



Die Fakten sind bekannt: 1972 beschloss die SPD-FDP-Regierung unter Willy Brandt den Radikalenerlass, die Länder setzten ihn in der Folge um, ohne dass ihre parteipolitische Zusammensetzung eine Rolle spielte. Die Berufsverbote, die sich daraus ergaben, haben Laufbahnen unterbrochen, zu teils massiven Einkommensverlusten geführt, die sich heute in der Rente nochmal gravierender bemerkbar machen, und sie haben in durchaus mehr als nur Einzelfällen Beziehungen zerstört, ja ganze Familien, einzelne Betroffene in die psychische Erkrankung geführt. Fakt ist auch, dass der Radikalenerlass beim Bund und in den Ländern längst aufgehoben wurde, auf Bundesebene Ende der 70er Jahre noch unter Helmut Schmidt, bei den Ländern bis spätestens 1991, als Bayern als letztes Bundesland davon abrückte.

Als sich am 25. Oktober 2022 in Stuttgart Betroffene und Unterstützer\*innen zu einer Kundgebung trafen,

ging es um mehr als nur die weitgehend bekannten Fakten. Denn auch nach den 90er Jahren, nach dem Ende von Radikalenerlass und Regelanfrage, können Beamte von einem de-facto-Berufsverbot betroffen sein. In Baden-Württemberg musste das Michael Czaszkóczy erleben, der 2004 nach dem Referendariat unter dem Verweis auf fehlende Verfassungstreue nicht als Lehrer eingestellt wurde und sich gerichtlich durch die Instanzen seine Einstellung im Jahr 2007 erkämpfen musste.

So ganz ist die Regelanfrage übrigens nicht verschwunden. Bayern (!) praktiziert sie bereits seit geraumer Zeit, wenn es um Einstellungen in den Polizeidienst und um Richter und Staatsanwälte geht. Und wie in alten Zeiten geht es dabei um die nebulösen Zweifel an der Verfassungstreue, die nicht an die Mitgliedschaft in einer politischen Vereinigung oder bereits aktenkundige Straffälligkeit gebunden sind.

Es kommt noch schlimmer, darauf weisen die meisten Redner\*innen auf der Kundgebung hin. Das Land Brandenburg (die derzeitige Regierungskoalition ist rot-schwarz-grün!) plant nicht nur eine eingeschränkte Regelanfrage, wie sie Bayern praktiziert, es hat zurzeit ein „Gesetz zur Verbesserung des Schutzes der Beamtenschaft in Brandenburg vor Verfassungsgegnern“ in Arbeit, das bei allen Beamtenanwärter\*innen einen „Verfassungstreue-Check“, so der umgangssprachliche Begriff, vorsieht.

Die Situation in Baden-Württemberg mit einem einst selbst vom Radikalenerlass bedrohten Ministerpräsidenten, der sich nicht für die Betroffenen einsetzt, macht sie wütend. Sie forderten auf einem großen Transparent: „Aufarbeitung! Entschuldigung! Rehabilitation! Entschädigung!“ Sind die ersten drei vielleicht ein bisschen mehr Streicheleinheiten für die Seele (abgesehen von ihrer Bedeutung für die Geschichte dieses Landes natürlich!), so geht es bei der Entschädigung um die ganz konkrete finanzielle Wiedergutmachung von erlittenem Unrecht durch den Staat. Winfried Kretschmann sagte im SWR-Interview vom 17. Januar 2022 <sup>(1)</sup> nicht nur: „Ich war Maoist“. Er erklärte auch: „Mit dem Professor Turner hatten wir einfach Glück.“ Damit meinte er den ehemaligen Präsidenten der Universität Stuttgart-Hohenheim, der sich für den von Nichteinstellung ins Referendariat bedrohten Kretschmann direkt beim Kultusministerium eingesetzt hatte.

## Nachtrag:

Am 19. Januar 2023 und kurz vor Redaktionsschluss ist in der Online-Ausgabe der Badischen Zeitung <sup>(1)</sup> zu lesen, dass MP Kretschmann in einem offenen Brief „die damalige Praxis als unverhältnismäßig, insbesondere diejenige in Baden-Württemberg“ bezeichnet. Die Betroffenen hätten, so die Badische Zeitung weiter, „zu Unrecht durch Gesinnungs-Anhörungen, Berufsverbote, langwierige Gerichtsverfahren, Diskriminierungen oder auch Arbeitslosigkeit Leid erlebt.“

Es tut gut, das zu lesen. Weniger gut tut, dass Kretschmann im selben Atemzug aber auch vom „Tunnelblick“ der Betroffenen und von ihrer „verblendeten Weltsicht“ schreibt. Einfach zu sagen, dass die da-



Wann, Herr Ministerpräsident, zeigen Sie endlich Ihre Solidarität mit all denen, die dieses Glück nicht hatten, weil sie anderswo studierten, und lassen dieser Solidarität auch konkrete Taten folgen? In seiner Gruß-Ansprache an die Kundgebungsteilnehmer\*innen brachte Kai Burmeister, DGB Landesvorsitzender, den Verdacht des Aussitzens ins Spiel. Man könnte auch vom Warten auf eine „biologische Lösung“ sprechen. Ein hässlicher Verdacht...

*Joachim Wagner*

<sup>(1)</sup> <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/interview-mit-ministerpraesident-winfried-kretschmann-zum-radikalenerlass-100.html>

malige Politik ein Riesenfehler war, den man heute nur zutiefst bedauern könne, das kann Kretschmann noch nicht. Von Entschädigungszahlungen ist gleich gar nicht die Rede. Der erste Schritt ist anzuerkennen. Weitere müssen aber folgen.

<sup>(1)</sup> <https://www.badische-zeitung.de/kretschmann-nennt-radikalenerlass-unverhaeltnismaessig--237942183.html#downloadpaper>